

Bürgerinitiative will das Wir-Gefühl in der Region stärken

Von Wolfgang Bok

Der Begriff Bürgerinitiative hat seinen guten Klang verloren. Er steht mittlerweile für Verhinderung und Eigennutz. Denn Bürgerinitiativen sind vor allem gegen etwas, oder sie wollen Verbesserungen für eine kleine Gruppe erzwingen. In der Region Heilbronn-Franken soll das jetzt anders werden: Voraus-sichtlich im September wird die „Bürgerinitiative pro Region Heilbronn-Franken“ aus der Taufe gehoben. Ihr Ziel: „Unabhängig von Verbandsinteressen“ sollen in der Region das Wir-Gefühl und der Bürgersinn gefördert sowie die Hilfe zur Selbsthilfe und die Eigeninitiative unterstützt werden. Auch will man „Marktplatz des Gedankenaustausches und der Diskussion sein“.

Die Idee dazu wurde beim „Stimmen-Forum unter der Pyramide“ im Mai 1996 geboren. Das damalige Thema „Wettstreit der Regionen – Welche Chance hat Heilbronn-Franken?“ veranlasste den IG-Metall-Bevollmächtigten des Untertandes Frank Stroh, die unterschiedlichen Kräfte zusammenzubringen, um die Region aus dem Jammertal zu führen und ein Profil mit Zukunft zu entwickeln. „Handeln statt klagen“ – so lautet das Motto des rührigen Gewerkschafters, der rasch einen einflussreichen Verbündeten aus dem „gegnerischen“ Lager fand: den Künzelsauer Schraubenkönig und Vorzeigeunternehmer Reinhold Würth.

Bei der Gründungsversammlung im September dürfte Reinhold Würth zum Vorsitzenden und Frank Stroh zu dessen Stellvertreter gewählt werden.

Der erfolgreiche Unternehmer Würth, der bereits fünf andere Vereine führt, lässt sich diese zusätzliche Aufgabe aufbürden, weil er „durch Begeisterung etwas bewegen und die Region voranbringen will“. Ziel der Initiatoren und deren einflussreicher Mitkämpfer ist es, den etablierten Gremien etwas Beine zu machen. Deshalb ruft die neue Bürgerinitiative all jene Kräfte zur Beteiligung auf, die mit dem Erscheinungsbild von Heilbronn-Franken nicht zufrieden sind. Sie sollen aus der Meckerecke herausgeholt werden und mithelfen, die Kräfte in der Region „zum Wohle der Bürger“ zu bündeln.